Pressemitteilung



Nr. 7 / 21. Februar 2020

Flüchtlingsbeauftragter zum rechtsterroristischen Anschlag in Hanau: Zeigen, wofür wir stehen

Der schleswig-holsteinische Zuwanderungsbeauftragte gedenkt der Opfer von Hanau und ruft dazu auf, sich Rassismus entgegenzustellen.

Der Beauftragte des Landes Schleswig-Holstein für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen gedenkt der Menschen, die in Hanau in der Nacht vom 19. auf den 20. Februar Opfer des rechtsterroristischen Anschlags wurden. "Meine Gedanken sind bei den Opfern der Gewalttat und ihren Familien", sagt Stefan Schmidt. Der Beauftragte begrüßt, dass in der Folge des Anschlags und seiner rechtsterroristischen Einordnung eine Diskussion über Rassismus offensiv gesucht und sowohl im Land als auch auf Bundesebene geführt wird.

Hierzu erklärt Schmidt: "Worte sind nicht harmlos. Dies gilt für Parteien, die Neonazis in ihren Reihen dulden und eine völkische Ideologie verbreiten, auf die rechte Terroristen sich berufen. Aber Rassismus ist auch da gefährlich, wo er vielen Menschen akzeptabel erscheint und wo zum Beispiel ein Migrationshintergrund als Makel verstanden wird. Es ist unsere Aufgabe, uns Menschenfeindlichkeit und Diskriminierungen überall zu widersetzen und deutlich zu zeigen, wofür wir stehen."

Der Beauftragte begrüßt, dass viele Menschen, auch in Schleswig-Holstein, sich in Reaktion auf den Anschlag in Hanau in Kundgebungen sowie in den sozialen Medien gegen Rassismus starkmachen.